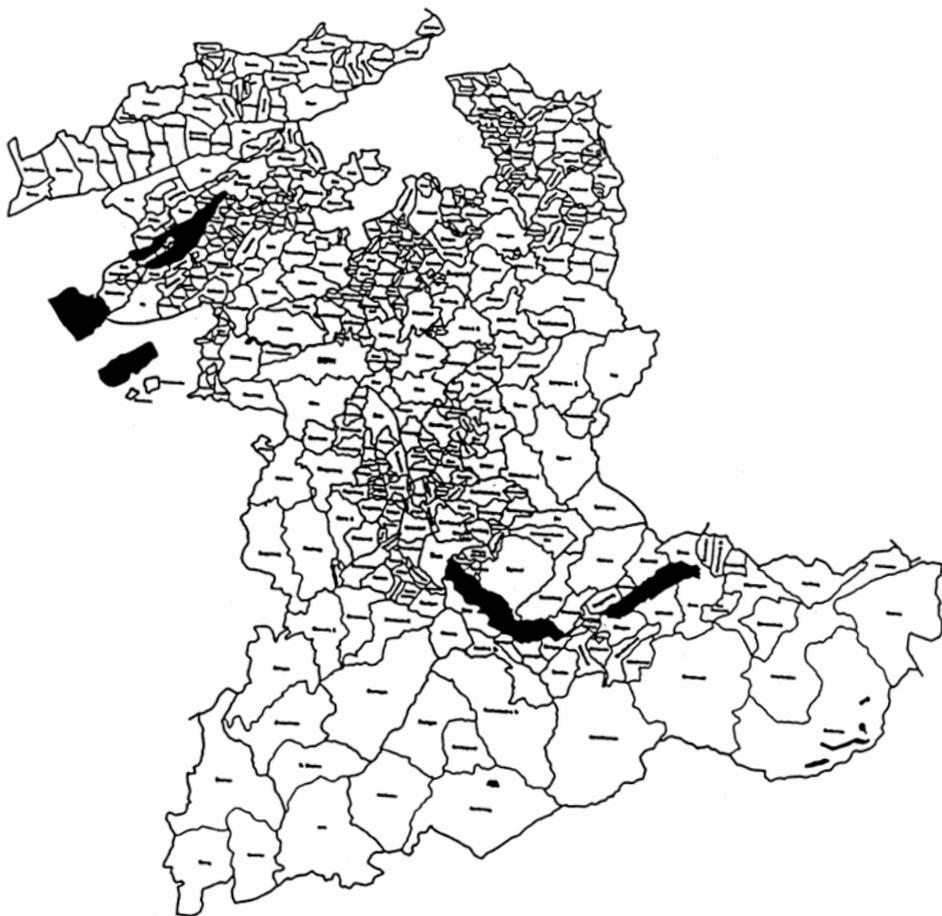


**Verband Bernischer Gemeinden VBG**  
**Association des Communes Bernoises ACB**

**INFO 2/2020**





# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Präsidenten .....	2
Le mot du président .....	7
Wichtige Geschäfte .....	10
Les principaux dossiers en cours .....	18
Besucherstatistik <a href="http://www.begem.ch">www.begem.ch</a> .....	26
<a href="http://www.begem.ch">www.begem.ch</a> : statistique de fréquentation .....	28
Amt für Gemeinden und Raumordnung – Projekt eBau .....	29
Previs Vorsorge, Reform der 2. Säule .....	31
Previs Prévoyance, Réform du 2 <sup>e</sup> pilier .....	35
Porträt der Gemeinde Roggwil .....	39
Interview mit Gemeindepräsidentin Marianne Burkhard .....	45
Vorankündigung der Hauptversammlung des VBG 2021 .....	48
Préavis pour l'Assemblée générale 2021 de l'ACB .....	49
Veranstaltungshinweise / Manifestations 2020 / 2021 .....	50

## IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Bernischer Gemeinden VBG  
 Kramgasse 70, Postfach, 3000 Bern 8  
 Telefon 031 311 08 08, Telefax 031 312 24 64  
[vbg@recht-governance.ch](mailto:vbg@recht-governance.ch)

Präsident

Daniel Bichsel

Geschäftsführer

Daniel Arn

Redaktion

Monika Gerber

Übersetzungen VBG

Michel Jacot-Descombes, 2534 Orvin

Druck

Hansen Druck, 3011 Bern

Auflage

600 Exemplare

Redaktionsschluss Info 3 / 20

15. November 2020

# VORWORT DES PRÄSIDENTEN



*Daniel Bichsel*  
VBG-Präsident

## EIN LOB DER AUS- UND WEITERBILDUNG

Das Bildungsbudget (Volksschule) dürfte in den meisten Gemeinden im Vergleich zu anderen Politikbereichen das grösste Volumen ausweisen und hie und dort die kommunale Finanzpolitik zu kritischen Fragen veranlassen. Es ist nicht am VBG-Präsidenten, unter den verschiedenen Politikbereichen Vergleiche anzustellen oder gar Bewertungen vorzunehmen, das ist Sache jeder einzelnen Politikerin und jedes Politikers. Aber wir alle wissen: Investieren in Aus- und Weiterbildung ist gut angelegtes Geld. John F. Kennedy hat einmal gesagt, es gebe nur etwas, was auf Dauer teurer sei als Bildung, keine Bildung. Und hier meine ich nicht die Volksschule, sondern die Aus- und Weiterbildung der kommunalen Kader und auch

der Behörden. Die Zusammenhänge sind sehr komplex geworden, die übergeordneten Vorschriften verlangen von den Verantwortlichen in den Gemeinden ein enormes Fachwissen. Die Bevölkerung und auch die Wirtschaft haben nur dann Vertrauen in den Staat (hier in die Gemeinde), wenn sie sich darauf verlassen können, dass die Vorschriften korrekt und immer im Interesse der Gesamtheit der Gesellschaft angewendet werden. Die Gestaltung der Zukunft kann nur mit konkreten und erfolgreichen Projekten an die Hand genommen werden, auch hier ist sehr viel Expertise gefragt. Die Behörden können nur dann eine politische Bewertung vornehmen, wenn sie alle Möglichkeiten und auch die Grenzen kennen, die aufgrund des geltenden Regelwerks gegeben sind. Und es ist nicht so, dass in mittleren oder kleineren Gemeinden die Herausforderungen viel kleiner wären. Sie sind höchstens seltener, können aber im Einzelfall ein grosses Wissen und ganz besondere Fähigkeiten verlangen. Und wenn allen Gemeinden im Kanton Bern die Existenzberechtigung zugesprochen wird, ist das mit der Verantwortung verbunden, die sich stellenden Probleme meistern zu können.

Unter der Führung des Bernischen Gemeindekaders werden für die Kader wie auch für die Behördemitglieder bewährte Aus- und Weiterbildungen angeboten. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung wie auch der VBG sind ebenfalls engagiert und leisten ihren Beitrag an die Organisation dieser Bildungsangebote. Wie wir alle wissen, herrscht zurzeit in den Gemeinden ein erheblicher Fachkräftemangel. Gerade im Baubereich ist es sehr anspruchsvoll, Kader- oder auch Sachbearbeiterstellen zu besetzen. Hier ist immer wieder der Ruf zu hören, die Anforderungen an deren Ausbildung seien zu senken, damit mehr Fachpersonen rekrutiert werden können. Diese Forderung ist zwar nachvollziehbar, aber letztlich nicht zielführend. Es genügt eben nicht, wenn jemand in Baufragen bewandert ist, die Herausforderungen in der Gemeinde aber nicht kennt. Die Organisation und Bewirtschaftung eines Bauvorhabens befähigt die verantwortliche Person noch lange nicht, eine kommunale Planung zu begleiten oder ein komplexes Bauvorhaben zu bewilligen. Es ist unerlässlich, dass die entsprechenden Verfahren bekannt sind und die bau- und planungsrechtlichen Fragen mit eigenen

Ressourcen geklärt werden können. Und wer als Gemeindekader für die Gemeinde arbeitet, muss auch im Bild sein, was die anderen Gemeindekader tun und wie sie ticken. Auch eine Schulleitung muss wissen, wie ein Kreditantrag formuliert wird und unter welchen Umständen und zu welchem Zeitpunkt ein Nachkredit zu beantragen ist.

Ich nehme dieses Vorwort zum Anlass, um allen Verantwortlichen im Bereich Aus- und Weiterbildung zu danken. Seit BGK-Geschäftsführerin Monika Gerber die Schnittstelle zwischen den kommunalen Verbänden und dem Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung (bwd) verantwortet, funktioniert die Aus- und Weiterbildung für die kommunalen Kader und Behörden einwandfrei und kostengünstig. Im Vergleich zu anderen Angeboten ist die Aus- und Weiterbildung preiswert und erwirtschaftet teilweise erhebliche Gewinne, welche unter anderem dazu verwendet werden können, Kurse mit tiefen Teilnehmerzahlen trotz fehlender Kostendeckung anbieten zu können. Zu danken ist an dieser Stelle auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des bwd und allen Referentinnen und Refe-

renten, die mit grossem Engagement unterrichten. Kaum in einem anderen Kanton können die Gemeinden auf ein vergleichbares Aus- und Weiterbildungs-

angebot zählen, darauf können wir stolz sein. Machen Sie von diesen Angeboten Gebrauch, es zahlt sich aus.

**b(wd)** Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung

**bwd Weiterbildung Bern – heute für morgen!**

Die Dienstleistungen der bwd Weiterbildung umfassen das Ausbildungsmanagement von branchenspezifischen Aus- und Weiterbildungsangeboten bis hin zur Prüfungsdurchführung, die betriebsindividuelle Schulungen für Mitarbeitende und Kaderangehörige sowie die Führung von Geschäfts- und Fachstellen für Berufsverbände und Bildungspartner.

**bwd**  
Papiermühlestrasse 65  
3014 Bern  
Tel. 031 330 19 90  
www.bwdbern.ch

**Gemeinde- und Verwaltungspersonal**

- Refresher für Bernische Gemeindeschreiber/-innen
- Lehrgang für Mitarbeitende von Kirchgemeindesekretariaten
- Fachausweislehrgang Gemeindefachfrau/-mann
- Führungsausbildung für Gemeindeglieder, Teil Diplomelehrgang
- Diplomelehrgang Bauverwalter/-in
- Diplomelehrgang Finanzverwalter/-in
- Diplomelehrgang Gemeindeschreiber/-in
- Lehrgang Sachbearbeiter/-in Baubewilligungsverfahren
- Lehrgang für Mitarbeitende der Schuladministration (Schulsekretärinnen und Schulsekretäre)
- Kurs Planungs-, Bau- und Umweltrecht
- Fachspezifische Seminare und Tageskurse

**Notariats- und Advokaturangestellte**

- Einführungslehrgang in die Notariatsbranche mit Zertifikat
- Lehrgang Fachausweis für Notariatsangestellte
- Fachspezifische Halbtageskurse

**Berufsbildner/-innen**

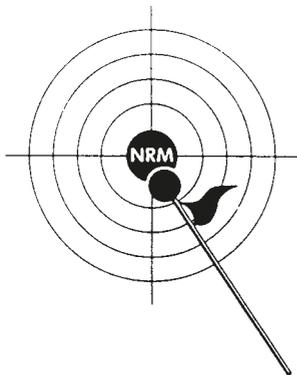
- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen
- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen ICT
- Fachspezifische Halbtageskurse

**Zivilstandswesen**

- Zertifikatsausbildung für Zivilstandsangestellte
- Eidg. Berufsprüfung Zivilstandsbeamtin FA/Zivilstandsbeamter FA

**Projektausbildungen im Auftrag**

**Sind Sie an einer anerkannten Weiterbildung interessiert?**  
Details und Information finden Sie unter [www.bwdbern.ch](http://www.bwdbern.ch) oder kontaktieren Sie uns per E-Mail [weiterbildung@bwdbern.ch](mailto:weiterbildung@bwdbern.ch)



## ... der Treffer ins Schwarze!

...denn das Zeitalter der  
EDV Dinosaurier ist vorbei –  
gefragt sind leistungsfähige und  
kostengünstige Kleinsysteme

Unser Soft- und Hardware Angebot  
reicht vom Einzelplatzsystem bis  
zum anspruchsvollen PC-Netzwerk

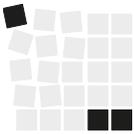
Speziell

- *Einwohner-, Bürger und Kirchgemeinden*
- *Schulen und Zweckverbände, usw.*

beraten und unterstützen wir

NRM

NRM AG, Hauptstrasse 5, 3254 Balm b. Messen, Telefon 031 765 54 27  
**Software-Entwicklung, Beratung, Schulung**



**ABPLANALP-  
RAMSAUER AG**  
Verwaltungsorganisation

3533 Bowil  
031 710 10 55  
info@abplanalp.ch  
abplanalp.ch | archiv.ch

## Wir

organisieren Ihr Archiv  
registrieren, verwalten und ordnen Ihre Ablage  
sind Spezialisten für physische und elektronische Archivierung  
bieten umfassende und individuelle Lösungen für Ihren Aktenplan  
helfen Ihnen bei der Planung und Einführung einer Geschäftsverwaltung  
überbrücken Personalengpässe auf allen Verwaltungsstufen  
erstellen eine Arbeitsplatzbewertung für Ihre Verwaltung  
unterstützen Sie bei der Personalsuche  
moderieren Klausuren von Behörden

**und das seit mehr als 35 Jahren!**



SWISSARCHIVE



CMI ALIOMA



## Finances Publiques

AG für öffentliche Finanzen und Organisation

Umfassende Beratung und Unterstützung von

Gemeinden, Gemeindeverbänden, Kirchgemeinden, Bürgergemeinden

von A bis Z, beispielsweise

Arbeitsplatzbewertung, Aufgaben- und Strukturüberprüfung, Benchmarking, Buchhaltung, Coaching, Finanzierung und Organisation Wasser und Abwasser, Finanzverwaltung im Mandat, Finanzplanung, Gebührenkalkulation, Gemeindefusion, Gemeindeverwaltung im Mandat, HRM2-Umsetzung, Klausur, Organisationsanalyse, Rechnungsprüfung, Sanierungsplan, Stellvertretungseinsätze, Zusammenarbeitsvertrag.

Finances Publiques AG, Langnaustrasse 15, 3533 Bowil BE  
Tel. 031 711 03 04, Fax 031 711 55 53,  
Mail info@fpag.ch Homepage www.fpag.ch

## LE MOT DU PRÉSIDENT

*Daniel Bichsel, président de l'ACB*

### MES COMPLIMENTS À LA FORMATION ET AU PERFECTIONNEMENT !

Au budget de la plupart des communes, le montant consacré à la formation (école obligatoire) dépasse sans doute tous ceux consacrés aux autres domaines politiques et peut ici ou là susciter quelques questions critiques sur la politique financière de la commune. Il n'appartient pas au président de l'ACB de procéder à des comparaisons entre les divers domaines politiques ni de les évaluer, car c'est l'affaire des politiciens. John F. Kennedy a dit un jour « il n'y a qu'une seule chose au monde qui coûte plus cher que l'éducation : l'absence d'éducation ». Et là, je ne pense pas qu'à l'école obligatoire, mais aussi à la formation et au perfectionnement des cadres communaux et des membres des autorités communales. Les tenants et les aboutissants sont devenus extrêmement complexes et les prescriptions du droit supérieur exigent de vastes connaissances de la part des responsables communaux. La population et l'économie n'ont confiance dans l'État (dans la commune en l'occurrence) que si elles peuvent être sûres que les prescriptions sont appliquées

correctement et chaque fois dans l'intérêt de la société dans son ensemble. Seuls des projets concrets et menés à bon port permettent de façonner l'avenir. Là aussi, une haute dose d'expertise est indispensable. Les autorités ne peuvent parvenir à une évaluation politique correcte que si elles connaissent toutes les possibilités et les limites du cadre normatif en vigueur. Et il serait faux de croire que les défis des petites et moyennes communes sont moins importants que ceux que les grandes communes doivent affronter. Ils sont tout au plus moins nombreux. Pourtant, dans certains cas, ils peuvent exiger de vastes connaissances et des compétences particulières. Le corollaire du droit d'exister des communes du canton de Berne est que celles-ci doivent être en mesure de maîtriser les problèmes qui se posent à elles.

Dans la partie alémanique du canton de Berne, des cours de formation et de perfectionnement organisés sous la férule des cadres communaux bernois sont proposés aux cadres, mais aussi aux membres des autorités. L'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire et l'ACB s'impliquent eux

aussi et apportent leur contribution à l'organisation de ces offres de formations. Comme nous le savons tous, les communes ont de la peine à trouver des candidats qualifiés. Dans le domaine de l'aménagement et des constructions par exemple, les communes ont de la peine à recruter non seulement des cadres, mais aussi des spécialistes disposant des qualifications nécessaires. Des voix s'élèvent régulièrement pour demander de réduire les exigences des formations correspondantes afin qu'il y ait plus de spécialistes, partant plus de candidats disponibles. De telles demandes sont certes compréhensibles, mais il serait vain d'y donner suite. Il ne suffit tout simplement pas qu'une personne connaisse bien le domaine des constructions si elle ignore les défis auxquels la commune est confrontée. Bien connaître l'organisation et la gestion d'un projet de construction ne suffit de loin pas pour accompagner avec succès un projet d'aménagement ou de construction jusqu'à l'octroi des autorisations nécessaires. Il est indispensable de connaître toutes les procédures idoines et de disposer des connaissances qui permettent de tirer au clair tous les points juridiques ayant trait à la construction et à

l'aménagement. Et chaque cadre communal doit aussi connaître le travail et la manière de fonctionner des autres cadres communaux. Ainsi, un directeur d'école doit savoir comment formuler une demande de crédit et dans quelles circonstances et à quel moment il peut demander un crédit supplémentaire.

Je profite de cet éditorial pour remercier tous les responsables de la formation et du perfectionnement – dans le Jura bernois également. Depuis que Monika Gerber, directrice des CCB, assure la liaison entre les associations qui représentent les intérêts des communes et le Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung (BWD), la formation et le perfectionnement des cadres communaux et des membres des autorités communes fonctionnent parfaitement et avantageusement. En comparaison avec d'autres offres, la formation et le perfectionnement sont peu coûteux, voire génèrent des bénéfices parfois considérables. Ceux-ci sont notamment utilisés pour couvrir les coûts de cours qui peuvent être maintenus malgré un petit nombre de participants. Je tiens à remercier ici les collaboratrices et collaborateurs du BWD et les intervenants qui

assurent la formation avec grand engagement. Il n'y a sans doute pas beaucoup de cantons dans lesquels les communes peuvent profiter d'une offre de

formation et de perfectionnement comparable. Nous pouvons en être fiers. Profitez de ces offres, cela en vaut vraiment la peine.



**Car la taille est pour moi un critère de choix**

Previs Prévoyance compte parmi les dix plus grandes institutions collectives et communes. Une longue tradition dans le domaine du service public, des solutions de prévoyance flexibles et une qualité de service au plus haut niveau: voilà ce pour quoi nous nous engageons depuis 60 ans.

Deux partenaires forts: l'Association des Communes Suisses (ACS) et la Previs.

[www.previs.ch](http://www.previs.ch)

**previs**   
Quand prévoyance  
rime avec transparence

# WICHTIGE GESCHÄFTE

## **VBG–HV: ERGEBNISSE DER SCHRIFTLICHEN STIMMABGABE**

---

Aufgrund der coronabedingten Absage der Hauptversammlung vom 19. Juni 2020 haben die die Mitgliedsgemeinden schriftlichen über die Geschäfte des VBG abgestimmt. 232 Gemeinden haben von der schriftlichen Stimmabgabe Gebrauch gemacht. Allen Geschäften ist ohne Gegenstimmen die Zustimmung erteilt worden. Der Vorstand hat das Ergebnis der Abstimmung erwahrt und protokollarisch festgehalten. Das Protokoll ist auf [www.begem.ch](http://www.begem.ch) veröffentlicht worden.

## **AUSSERORDENTLICHE LAGE – CORONAVIRUS**

---

Die Gemeinden waren und sind weiterhin in verschiedenster Hinsicht von der ausserordentlichen Lage betroffen und müssen fortlaufend neue Herausforderungen meistern. Die vielen zu klärenden Fragen waren für die Geschäftsstelle eine erhebliche Belastung. Dies nicht zuletzt, weil der VBG bei vielen kantonalen Aktivitäten mit einbezogen wurde. Über [www.begem.ch](http://www.begem.ch) wurde fortlaufend

informiert und auch die Plattform für Bestpractice-Beispiele der Gemeinden wurde rege genutzt. Insgesamt war und ist das Zusammenwirken mit dem Kanton gut. Speziell positiv zu erwähnen ist die gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem AGR und der Geschäftsleitung der Regierungstatthalter, dank der jeweils sehr rasch eine gemeinsame Meinungsbildung und Information der Gemeinden möglich war. Allerdings zeigen sich vor allem bezüglich der Kommunikation und beim Vorgehen Schwachstellen, die es im Nachgang zu dieser ausserordentlichen Lage zu eliminieren gilt. Eine erste Zwischenevaluation ist im Juni bereits vorgenommen worden, die Gemeinden wurden via Regierungsstatthalter auch einbezogen. Im Verlaufe der Krise hat der VBG verschiedentlich beim Kanton interveniert, teils mit erheblichem Nachdruck. Dem VBG war es trotz teilweise hart geführten Auseinandersetzungen stets ein Anliegen, gegen aussen einvernehmlich aufzutreten. In einer ausserordentlichen Lage erscheint es zentral, dass die Herausforderungen nicht noch mit Querelen zwischen staatlichen Akteuren vergrössert werden. Die Bevölkerung schätzt es, wenn die Vorgaben – wie sie auch immer daherkom-

men – klar sind und möglichst einheitlich umgesetzt werden.

## RAHMENGESETZ DIGITALE VERWALTUNG

---

Der Kanton hat ein neues Kontaktgremium Digitalisierung eingesetzt, in welchem die Regierungsrätinnen Allemann und Simon und der Staatsschreiber vertreten sind. Der VBG wird vom Präsidenten und vom Geschäftsführer vertreten. Es ist wichtig, dass der Staat – der Kanton und die Gemeinden – bei der rasch vorschreitenden Digitalisierung einigermaßen Schritt halten kann. Gleichzeitig will man sich seitens der Gemeinden nicht bedingungslos dem Diktat des Regierungsrats unterwerfen, wenn es um für die Gemeinden verpflichtende und allenfalls kostenintensive Vorgaben geht. Es wurden deshalb verschiedene Varianten geprüft, wie die rechtliche Mitsprache / Mitentscheidung der Gemeinden bei Digitalisierungsprojekten, die sie direkt betreffen, rechtlich korrekt ausgestaltet werden könnte. Die Kommunalverbände haben sich im Rahmen des Mitberichts zum Entwurf des Gesetzes über die digitale Verwaltung (DGV) ein

erstes Mal förmlich zum Vorschlag äussern können. Dieser sieht vor, dass der VBG und die kommunalen Fachverbände in die Vorbereitung von Verordnungen und Entscheiden einbezogen werden müssen, wenn diese für die Gemeinden mit Pflichten oder Kosten verbunden sind. Wenn die Digitalisierungsbeschlüsse den Gemeinden *wesentliche* Pflichten oder Kosten auferlegen, bedürfen sie einer Grundlage im formellen Gesetz oder die ausdrückliche vorherige Zustimmung des VBG. Dieser kann bei weitreichenden Vorlagen die Gemeinden befragen. Dies ist eine ungewöhnliche Lösung, führt aber zu raschen Entscheiden und bietet Gewähr, dass der politische Druck, welcher vom VBG in förmlichen Gesetzgebungsverfahren immer erzeugt werden kann, bei der Ausarbeitung von einfachen Beschlüssen oder Verordnungsrecht aufrecht erhalten bleiben kann. Dies ist eine neue, kreative Lösung, mit der dem schnelllebigen Thema der Digitalisierung begegnet werden soll. Vor allem bei Projekten mit entsprechend hohen Kosten würde der VBG in diesem Verfahren eine grosse Verantwortung tragen. Der VBG ist sich bewusst, dass hier ein umsichtiges Agieren zwingend wäre.

## **REVISION DATENSCHUTZ- GESETZ – NEUORDNUNG DER DATENSCHUTZAUF SICHT**

---

Das kantonale Datenschutzgesetz ist in die Jahre gekommen und soll revidiert werden. In diesem Zusammenhang wird die bisherige Regelung der Datenschutzaufsicht in den Gemeinden zum Thema. Alle Beteiligten sind sich einig, dass die heutige Datenschutzaufsicht nicht wirklich gut funktioniert und dass die Kommunikation des kantonalen Datenschützers mit den kommunalen Datenschutz-Aufsichtsstellen nicht optimal ist. Wichtig ist, dass im Datenschutz gegenüber den Gemeinden nicht Maximalforderungen erhoben werden sollen, sondern die Gemeinden vielmehr überzeugt werden, dass ein vernünftiger, aber eher niederschwelliger Datenschutz Sinn macht. Je nach Ausprägung der kantonalen Datenschutzpolitik stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, dass die Gemeinden je eigene Datenschutz-Aufsichtsstellen unterhalten, die bei vielen Fragen – mangels Fallhäufigkeit – eher überfordert sind (z.B. bei Vorabkontrollen von informatikgestützten Registern). Eigentlich müsste die kantonale Steuerung und

Betreuung im Datenschutz vergleichbar mit allen anderen Politikbereichen erfolgen und nicht primär als Aufsicht bezeichnet werden. Es gibt auch keine explizite unabhängige kommunale Aufsichtsstelle über die politischen Rechte oder über die Wahlen. Aktuell werden verschiedene Modelle erstellt, diskutiert und bewertet, die kommunalen Verbände werden einbezogen und können die Interessen der Gemeinden einbringen.

## **ÜBERARBEITUNG BKW-VERTRÄGE**

---

Der VBG hat zu Jahresbeginn die Gemeinden angeschrieben und diese aufgefordert, für die von der BKW (und auch von anderen Elektrizitätsversorgern) erhobene Konzessionsabgabe eine Reglementsgrundlage zu erlassen. Viele Gemeinden bereiten eine entsprechende Rechtsgrundlage vor, die vom VBG erarbeiteten Muster-Grundlagen werden grundsätzlich positiv aufgenommen. Die BKW hat angeregt, einen neuen Gemeindevertrag zu erarbeiten. Die BKW und der VBG verhandeln zur Zeit über einen neuen Vertrag, der aufgrund der relativ dichten gesetzlichen Regelungen im übergeordneten Recht wohl deutlich

kürzer ausfallen wird, als der bestehende Vertrag. Die Gemeinden werden zu gegebener Zeit informiert.

### **CHLOROTHALONIL**

---

Die Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil hat zu intensiven Diskussionen, zu zahlreichen Medienberichten und zu teilweise leicht hysterischen Reaktionen geführt. Der Bund hat über lange Zeit die Bewilligung zum Einsatz von Pestiziden erteilt, was sich im Nachhinein als problematisch erweist. Nun macht der gleiche Bund sehr restriktive Vorgaben, die innert zwei Jahren erfüllt werden sollen. Hier ist es wichtig, dass die Wasserversorgungen mit Augenmass vorgehen und stets auch die Verhältnismässigkeit im Auge behalten. Für den Kanton (AWA) sind die Wasserversorgungen in ihrer Wahrnehmung mit den Gemeinden identisch, was sicher nicht zutrifft. Die Gemeinden tun gut daran, ihre Wasserversorgungen kritisch zu begleiten und einen direkten Austausch zu pflegen. Auch wenn die in Aussicht genommenen Investitionen den Steuerhaushalt nicht belasten, gehen diese Aufwendungen zulasten der

Spezialfinanzierung Wasser, was zu höheren Gebühren führt. Der VBG hat gegenüber dem WEA und dem Kantonschemiker seine Anliegen deponiert und steht im Kontakt mit diesen Stellen. Verschiedentlich wird die Forderung erhoben, die Gemeinden müssten den Bund und den Kanton ins Recht fassen und im Rahmen von Verantwortlichkeitsansprüchen zur Kasse bitten. Diesem Ansinnen ist in Anbetracht der Regulierung der Staatshaftung wohl kaum Erfolg beschieden. Ob auf der politischen Ebene vom Bund Beiträge erhältlich gemacht werden können, obliegt der Einflussnahme der nationalen Interessenverbände der Gemeinden (SGV, SSV). Der VBG beobachtet die weitere Entwicklung sehr aufmerksam und beurteilt die Situation fortlaufend neu.

### **MEHRWERTABGABEPFLICHT BEI GEMEINDEEIGENEN LIEGENSCHAFTEN**

---

Im Rahmen der Anpassungen der Bestimmungen des Baugesetzes zur Mehrwertabgabe hat der Grosse Rat in zweiter Lesung entschieden, dass Gemeinwesen und beliehene Dritte nur dann mehrwert-

abgabepflichtig sind, wenn der planungsbedingte Mehrwert Grundstücke betrifft, die nicht unmittelbar öffentlichen Zwecken dienen (Art. 142 Abs. 2 BauG). Diese Bestimmung wurde ins Gesetz aufgenommen, damit Bund, Kantone und andere Gemeinwesen, die in der planenden Gemeinde Eigentümer eines «Renditegrundstücks» sind, bei Planungsmehrwerten eine Abgabe schulden (Beispiel: Die Burgergemeinde realisiert eine Wohnliegenschaft zu Renditezwecken). Aus Sicht der Gemeinden war immer klar, dass die Gemeinden sich selber keine Mehrwertabgabe schulden können (Beispiel: Die Gemeinde plant und realisiert auf ihrem Gemeindegebiet ein Bauvorhaben im Finanzvermögen). Es ist schon rein begrifflich nicht möglich, dass sich die Gemeinde selber eine Abgabe schuldet. Ob die Gemeinde den planungsbedingten Mehrwert in die entsprechende Spezialfinanzierung einlegt, bestimmt sie in ihrem Reglement. Bei diesem Befund war es aus Gemeindesicht auch klar, dass die Gemeinden dem Kanton die in Art. 142f Abs. 1 geregelten Abgeltung (10%) nicht schulden. Ursprünglich hatte der Kanton die Absicht, den Gemeinden 30% der Mehrwertabgaben abzuführen. Dieses Ansinnen

konnte nach einer Intervention der Kommunalverbände im Vernehmlassungsverfahren abgewendet werden. Die kantonale Finanzdirektion errechnete, dass sich die durch die Mehrwertabgabe bedingten Ausfälle bei der Grundstückgewinnsteuer (Mehrwertabgabe als steuerlich abzugsfähige Gewinnungskosten) auf ca. 10% der Mehrwertabgabe beliefen, was den Gesetzgeber schliesslich zu einer Regelung bewog, wonach die Gemeinden dem Kanton – wegen diesen Ausfällen – 10% der Mehrwertabgabe zu entrichten haben. Bekanntermassen sind die Gemeinden steuerbefreit, weshalb dem Kanton bei der Schaffung von Mehrwerten an eigenen Grundstücken im Gemeindegebiet auch keine Grundstückgewinnsteuern verlustig gehen. Die Beurteilung der Frage, ob die Gemeinden für eigene Grundstücke auf ihrem Gemeindegebiet eine Mehrwertabgabe schulden und dem Kanton den Anteil von 10% entrichten müssen, war und ist zwischen Kanton und Gemeinden kontrovers. Ein vom AGR und mehreren Städten und Gemeinden in Auftrag gegebenes Gutachten hat diese Kontroverse nicht geklärt. Die Kommunalverbände waren in der Folge sehr irritiert über den Umstand, dass der Regierungsrat mittels

Änderung der Bauverordnung in diesem Bereich «gesetzgeberisch» tätig wurde (Art. 120b Abs. 5 BauV). Diese Bestimmung ist bereits auf den 1.3.20 in Kraft getreten, ohne dass die Gemeinden bzw. der VBG im Vorfeld angehört worden wären, wie dies die kantonale Vernehmlassungsverordnung vorschreibt. Aufgrund dieser Umstände – sowohl in inhaltlicher Hinsicht wie auch bezüglich des von der Regierung gewählten Verfahrens – soll mittels einer Motion erreicht werden, dass diese Frage durch eine Anpassung des Baugesetzes durch den Gesetzgeber, d.h. den Grosse Rat geklärt wird. Die vom VBG initiierte überfraktionelle Motion ist in der Frühjahressession eingereicht worden.

### **EINHEITLICHES FALLFÜHRUNGSSYSTEM SOZIALHILFE / ENTWURF SLG**

---

Der VBG wirkt gemeinsam mit der Berner Konferenz für Sozialhilfe und Erwachsenen- und Kinderschutz (BKSE) in der Steuerungsgruppe zur Entwicklung einer gemeinsamen Fallführungssoftware mit. Inzwischen konnte der Bericht, welcher die Grundlage für die Ein-

führung einer gemeinsamen Fallführungssoftware bildet, verabschiedet werden. Aus Gemeindesicht muss Einfluss genommen werden, dass der Nutzen einer gemeinsamen Fallführungssoftware nicht primär den kantonalen Bedürfnissen gerecht wird, sondern auch für die Gemeinden einen relevanten Mehrnutzen bringt (Abläufe, Kosten etc.). Für die Gemeinden erscheint es zwingend, dass die Fallführungssoftware nicht nur die wirtschaftliche Hilfe umfasst, sondern alle Tätigkeiten der Sozialdienste, namentlich das Alimenteninkasso und die Tätigkeiten für die KESB. Die Rechtsgrundlagen für eine gemeinsame Fallführung in der Sozialhilfe werden im neuen Gesetz über die Sozialen Leistungen (SLG) geschaffen, welches im Juni von der GSoK behandelt wurde. Sowohl der VBG wie auch die BKSE konnten im Rahmen der Vorberatung des SLG in der GSOK ihre Haltung darlegen. Zu den gesellschaftspolitisch relevanten Bestimmungen (u.a. Standards) nahm der VBG dabei – in ständiger Praxis – nicht Stellung. Kritisch würdigte der VBG nach wie vor die unbeschränkte Pflicht zur Lieferung von Daten und die vorgesehenen Sanktionen bei Fehlleistungen durch die Gemeinden. Zudem lehnt der

VBG die vorbehaltlose Möglichkeit der GSI ab, den Gemeinden ein **kantonales** Fallführungssystem für die wirtschaftliche Hilfe und für weitere Bereiche (z.B. Kindes- und Erwachsenenschutz) vorschreiben zu können. Der VBG unterstützt grundsätzlich die Einführung eines gemeinsamen Fallführungssystems, will sich aber dem Diktat des Kantons nicht einfach unterwerfen. Wünschenswert wäre, dass die gleiche Bestimmung ins SLG aufgenommen wird, wie dies im Gesetz über die digitale Verwaltung im Entwurf vorgesehen ist. Dies sieht vor, dass die Regierung die Gemeinden nur dann zu einer kantonalen ICT-Lösung verpflichtet werden können, wenn der VBG zustimmt. Bleibt diese Zustimmung aus, muss der Grosse Rat entscheiden.

## LEITFADEN CYBERKRIMINALITÄT

---

Im Rahmen des Kontaktgremiums Sicherheit hat der Geschäftsführer bei der Kantonspolizei angeregt, dass auch für die Gemeinden ein Leitfaden Cyberkriminalität erstellt werden sollte, wie dies bereits für KMU-Betriebe erfolgt ist. Dieser Leitfaden soll die Gemeinden über mögliche Risiken ins Bild setzen

und ihnen praxistauglich Ratschläge vermitteln.

## HANDBUCH GEMEINDEPOLIZEIAUFGABEN

---

Die Sicherheitsdirektion des Kantons Bern hat beschlossen, unter Einbezug des VBG und der Bernischen Ortspolizeivereinigung (BOV) das Handbuch «Gemeindepolizeiaufgaben» zu aktualisieren, das von den Gemeinden sehr geschätzt wird. Nach einer ersten Sitzung kann gesagt werden, dass sich aufgrund zahlreicher Gesetzesänderungen und auch wegen neuen Herausforderungen (z.B. Drohnen, Downhill-Bikestrecken, Pandemie) ein erheblicher Handlungsbedarf ergibt. Das Werk sollte Ende 2020 in neuer Auflage vorliegen.

## VERNEHMLASSUNGEN

---

Die Stellungnahmen der kommunalen Verbände (VBG / BGK) zu den jeweils aktuellen Themen werden stets umgehend auf der Homepage [begem.ch](https://www.begem.ch) publiziert. <https://www.begem.ch/vernehmlassungen>

## Einfach anwendbare, modernste Reparaturverfahren für asphaltierte Strassen und Flächen:



In Kiesen hat die Baukommission gleich selber Hand angelegt: Sanierung des Sportplatzes (1000m<sup>2</sup>) sowie zwei Testabschnitte an der Bahnhofstrasse und dem Rotachweg. Dank der einfach anwendbaren Bitumen-Kaltverfahren können auch Nicht-Fachleute unkompliziert und technisch korrekt Schäden wie Risse und Ausbrüche flicken sowie Versiegelungen von Netz- & Randrissen (Wasserschutz) durchführen.



InfraTrace GmbH  
Allmendstrasse 6  
Postfach 28  
CH-3629 Kiesen  
Telefon+41 33 221 88 22  
office@infratrace.ch  
www.infratrace.ch

Auch der Werkhof Lenk wurde in einer 2-tägigen Schulung in diese modernen Reparaturverfahren eingeführt. Links: Versiegelung gegen Wasser, Mitte: Reparatur mit Asphaltmörtel, Rechts: Rissverfüllung mit kalter Rissmasse.

**Nach einer kurzen Einführung können auch Sie (Werkhof, BK, Freiwillige) diese Verfahren anwenden und markant Kosten einsparen! Kontaktieren Sie uns für einen Termin.**

## LES PRINCIPAUX DOSSIERS EN COURS

### ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DE L'ACB : RÉSULTATS DE LA PROCÉDURE ÉCRITE

---

L'Assemblée générale du 19 juin 2020 ayant été annulée en raison de la pandémie de coronavirus, les communes membres se sont déterminées par procédure écrite sur les objets qui leur étaient soumis. Elles ont accepté tous les objets à une forte majorité et sans voix contraire. Le comité a pris acte des résultats du vote et les a consignés dans un procès-verbal. Ce dernier est publié sur [www.begem.ch](http://www.begem.ch).

### CORONAVIRUS : SITUATION EXTRAORDINAIRE/PARTICULIÈRE

---

Les communes ont été touchées par la situation extraordinaire et le sont encore à plusieurs égards par la situation particulière qui perdure. Elles doivent continuellement relever de nouveaux défis. Les très nombreuses questions qu'il a fallu tirer au clair ont fortement chargé le secrétariat. Cela est notamment aussi dû au fait que l'ACB a été associée à de nombreuses activités à l'échelon cantonal. Les communes ont été tenues informées en

continu sur [www.begem.ch](http://www.begem.ch) et la page consacrée aux exemples de bonnes pratiques des communes a été très utilisée. Dans l'ensemble, la coopération avec le canton a été et demeure bonne. Il est également à relever que le groupe de travail commun ACB/OACOT/Directoire des préfectures a bien fonctionné et a permis d'informer les communes rapidement et d'une seule voix. À l'issue de la situation extraordinaire, force est de constater certains points faibles qu'il faut maintenant éliminer, principalement en ce qui concerne la communication et la manière de procéder. Une première évaluation intermédiaire a été effectuée en juin déjà. Les communes y ont été associées par l'intermédiaire des préfets. Durant la crise, l'ACB est intervenue à plusieurs occasions auprès du canton, parfois avec insistance. Malgré des discussions parfois très dures, l'ACB a toujours eu à cœur d'adopter une attitude consensuelle, tant il est vrai qu'en période de situation extraordinaire il est essentiel de ne pas aggraver les problèmes par des querelles entre les acteurs qui représentent l'État. Même si leurs contenus peuvent être contrariants, la population apprécie des directives claires mises en œuvre de manière aussi uniforme que possible.

## **LOI-CADRE SUR L'ADMINISTRATION NUMÉRIQUE**

---

Le canton a institué un nouveau groupe de contact canton-communes pour la numérisation dans lequel le canton sera représenté par les conseillers d'État Evi Allemann et Beatrice Simon et par le chancelier d'État. Quant à l'ACB, elle y sera représentée par son président et son directeur. Il est important que l'État – c'est-à-dire le canon et ses communes – parvienne à soutenir le rythme des progrès de la numérisation. En même temps, les communes ne veulent pas se soumettre sans condition au diktat du Conseil-exécutif, car il en va de projets coûteux. Pour cette raison, il a fallu examiner plusieurs variantes donnant aux communes un droit de participation / codécision légal pour les projets de numérisation qui les touchent directement. Dans le cadre d'une procédure de corapport, les associations qui représentent les intérêts des communes (ci-après : les associations) ont eu une première fois la possibilité de donner un avis officiel sur le projet de loi sur l'administration numérique (LAN). Celui-ci prévoit que les associations seront impliquées dans la préparation des ordon-

nances et décisions cantonales en la matière chaque fois qu'elles entraîneront des obligations ou des charges pour les communes. Lorsque ces décisions imposent des obligations ou des charges importantes aux communes, elles nécessiteront une base légale formelle ou le consentement préalable explicite de l'ACB. Pour les projets d'envergure, celle-ci pourra consulter les communes. Il s'agit là d'une formule inhabituelle. Elle a cependant le mérite de permettre de prendre les décisions simples ou d'adapter les ordonnances rapidement tout en garantissant aux communes le maintien de la pression politique que l'ACB exerce habituellement au cours des processus législatifs formels. Cette solution nouvelle et créative permet de tenir compte de la rapidité de l'évolution dans le domaine de la numérisation. Le cas échéant, l'ACB assumera de grandes responsabilités, particulièrement pour les projets dont les coûts sont élevés. Elle est tout à fait consciente de la prudence dont elle devra faire preuve si le projet est adopté.

## **RÉVISION DE LA LOI SUR LA PROTECTION DES DONNÉES – RÉORGANISATION DE LA SURVEILLANCE DE LA PROTECTION DES DONNÉES**

---

La loi cantonale sur la protection des données est devenue obsolète et doit être révisée. Dans ce contexte, la réglementation actuelle de la surveillance de la protection des données dans les communes devra être examinée. Tous les concernés s'accordent à dire que cette surveillance laisse à désirer et que la surveillance des données exercée par le canton ne parvient à la suppléer que de manière limitée, car la surveillance cantonale ne peut pas agir à l'échelon communal. Il est toutefois important que le canton comprenne qu'il ne faut pas obliger les communes à remplir des exigences maximales, mais plutôt les convaincre de mettre en place une protection des données adaptée et applicable. Selon l'orientation de la politique du canton en matière de protection des données, il faudra se demander s'il est judicieux que chaque commune dispose de sa propre autorité de surveillance tant il est vrai que, eu égard à un nombre sans doute restreint de cas à traiter, une telle auto-

rité communale risque d'être bien souvent dépassée (par exemple en cas de contrôle préalable de registres informatisés). En fait, la gestion et la prise en charge par le canton de la protection des données ne devraient pas être différentes de ce qu'elles sont dans les autres domaines politiques et ne pas être avant tout assimilées à une surveillance. Il n'y a d'ailleurs aucune autorité communale indépendante explicitement chargée de la surveillance des élections ou de l'exercice des droits politiques. Actuellement, divers modèles sont en discussion et en cours d'évaluation. Les associations sont associées à ces réflexions et peuvent défendre les intérêts des communes.

## **RÉVISION DES CONTRATS DE CONCESSION AVEC LES FORCES MOTRICES BERNOISES BKW**

---

Au début de l'année, l'ACB a invité les communes à édicter un acte normatif réglant la redevance de concession perçue par les BKW (ou autres entreprises d'approvisionnement en énergie). De nombreuses communes sont en train de préparer une base juridique correspondante. Elles ont bien accueilli la proposi-

tion de base réglementaire type élaborée par l'ACB. Les BKW ont proposé d'élaborer une nouvelle convention type avec les communes. En raison de la densité normative du droit supérieur, cette nouvelle convention, qui est en phase de négociations entre l'ACB et les BKW, sera nettement plus courte que celle en vigueur. Les communes seront informées en temps utile.

### CHLOROTHALONIL

---

La pollution de l'eau potable au chlorothalonil a déclenché d'intenses discussions et de nombreux articles et reportages dans les médias et donné lieu à certaines réactions quelque peu hystériques. De longues années durant, la Confédération a autorisé l'utilisation de pesticides ce qui, rétrospectivement, s'avère très problématique. Aujourd'hui, c'est cette même Confédération qui impose des prescriptions très restrictives à respecter dans un délai de deux ans. Il faut malgré tout que les services d'approvisionnement en eau gardent une vue d'ensemble et le sens de la mesure. Le canton (Office des eaux et des déchets, OED) part du principe qu'il y a identité

entre la commune et le distributeur d'eau et que les décideurs sont les mêmes. Mais tel n'est pas le cas. Les communes feraient bien de faire preuve d'un esprit critique et d'accompagner leurs services d'approvisionnement en eau en privilégiant les contacts directs avec leurs représentants. Même si les investissements prévus ne chargent pas le ménage communal, les coûts qui en découlent seront imputés au financement spécial de l'eau, ce qui ne manquera pas de renchérir ce bien indispensable. L'ACB a fait part de ses attentes à l'OED et au chimiste cantonal et garde le contact avec ces services de l'administration cantonale. Ici et là, des voix s'élèvent pour inciter les communes à se retourner contre la Confédération et le canton et à faire valoir des prétentions en responsabilité. Une telle démarche n'a toutefois guère de chance d'aboutir eu égard à la réglementation relative à la responsabilité de l'État. Il appartient désormais aux faïtières nationales (Association des communes suisses, ACS, et Union des villes suisses, UVS) d'intervenir sur l'échiquier politique pour tenter d'obtenir une aide de la Confédération. L'ACB suit le dossier de près et réévalue la situation au fur et à mesure.

## TAXE SUR LA PLUS-VALUE D'IMMEUBLES COMMUNAUX

---

Dans le cadre des modifications des dispositions de la loi sur les constructions qui concernent la taxe sur la plus-value, le Grand Conseil a décidé, en seconde lecture, que la collectivité ou les tiers accomplissant des tâches de droit public qui leur sont confiées ne sont assujettis à la taxe sur la plus-value que si l'immeuble concerné ne sert pas directement à des fins publiques (art. 142, al. 2, LC). Cette disposition a été introduite dans la loi pour que la Confédération, les cantons et d'autres collectivités propriétaires d'un « immeuble de rapport » dans la commune planifiant des mesures d'aménagement soient tenus d'acquitter une taxe sur la plus-value résultant de celles-ci (exemple : la commune bourgeoise construit un immeuble locatif pour en tirer des loyers). Du point de vue des communes, il a toujours été évident qu'elles ne sauraient être tenues d'acquitter envers elles-mêmes la taxe sur la plus-value (exemple : la commune planifie et réalise un projet de construction inscrit au patrimoine financier). Il est conceptuellement impossible que la commune contracte une dette vis-à-vis d'elle-même.

La commune établit dans son règlement si elle attribue la taxe perçue pour une plus-value résultant de mesures d'aménagement au financement spécial concerné. Il était par ailleurs clair, du point de vue des communes, qu'elles n'avaient pas à acquitter le produit de la taxe sur la plus-value (10 %) dû au canton en vertu de l'art. 142f, al. 1, LC. À l'origine, le canton avait l'intention d'exiger des communes 30 % de la taxe sur la plus-value. Grâce à une intervention des associations lors de la procédure de consultation, ce projet a pu être abandonné. La Direction des finances a calculé que les pertes liées à la taxe sur la plus-value pour ce qui est de l'impôt sur les gains immobiliers (taxe sur la plus-value en tant que frais d'obtention du revenu fiscalement déductibles) s'élevaient à environ 10 % de la taxe sur la plus-value. Pour compenser cette perte, le législateur a donc introduit une disposition obligeant les communes à verser au canton 10 % de la taxe sur la plus-value. Comme chacun le sait, les communes sont exonérées d'impôts. C'est pourquoi le canton ne perd pas d'impôt sur les gains immobiliers lorsqu'elles tirent une plus-value des immeubles qu'elles détiennent sur leur propre territoire. Les communes doivent-

elles acquitter la taxe sur la plus-value et reverser au canton les 10 % de cette taxe qu'il exige pour les immeubles qu'elles détiennent sur leur territoire ? La question sème toujours la discorde entre le canton et les communes. Un rapport d'expertise commandé par l'OACOT et plusieurs villes et communes n'est pas parvenu à régler la controverse. Les communes n'apprécient guère que le Conseil-exécutif ait joué les législateurs en introduisant des modifications en la matière dans l'ordonnance sur les constructions (art. 120b, al. 5, OC). Cette disposition est entrée en vigueur le 1er mars 2020 sans que ni les communes ni l'ACB aient été consultées, contrairement à ce que prévoit l'ordonnance cantonale sur la procédure de consultation.

Compte tenu des circonstances (tant du point de vue du contenu que de la méthode choisie par le Conseil-exécutif), la question doit être clarifiée par une modification de la loi sur les constructions qui passera par le législatif (donc par le Grand Conseil, et non par le Conseil-exécutif). La motion intergroupe correspondante rédigée à l'initiative de l'ACB a été déposée au cours de la session de printemps.

## **SYSTÈME UNIFORME DE GESTION DES CAS POUR LES SERVICES SOCIAUX / PROJET LPASOC**

---

L'ACB et la Conférence bernoise d'aide sociale et de protection de l'enfant et de l'adulte (BKSE) travaillent conjointement au sein du groupe de pilotage du projet de développement d'un logiciel commun de gestion des cas. Il a déjà pu adopter le rapport qui servira de base à l'introduction du logiciel commun de gestion des cas. Les communes doivent activement veiller à ce que l'utilité du système uniforme de gestion des cas ne réponde pas avant tout aux besoins du canton, mais apporte un plus important (procédures, coûts, etc.) aux communes. Pour ces dernières, il est indispensable que, au-delà de l'aide matérielle, le logiciel de gestion des cas s'étende à toutes les activités des services sociaux, en particulier au recouvrement des contributions d'entretien et à la protection de l'enfant et de l'adulte (PEA). La future loi sur les programmes d'action sociale (LPASoc), que la Commission de la santé et des affaires sociales (CSoc) a examinée en juin, jette la base légale pour un système commun de gestion des cas pour les services sociaux. L'ACB et la BKSE ont pu présen-

ter leur position devant la CSoc lors de l'examen préalable de la LPASoc. Fidèle à sa pratique constante, l'ACB n'a pas pris position sur les dispositions relevant de la politique sociale (comme les normes). En revanche, elle a exprimé et confirmé son attitude très critique en ce qui concerne l'obligation sans limites en matière de transfert des données communales au canton et les sanctions prévues en cas de défaillance des communes. Par ailleurs, l'ACB s'oppose à ce que la Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration (DSSI) dispose du pouvoir inconditionnel d'obliger les communes à utiliser un système cantonal de gestion des cas pour l'aide matérielle et d'autres domaines (PEA, par exemple). En revanche, l'ACB est en principe favorable à l'introduction d'un système de gestion des cas uniforme, tout en insistant sur le fait qu'elle refuse de se soumettre au diktat du canton. Il serait souhaitable que la LPASoc reprenne à ce sujet une disposition similaire à celle qui figure dans le projet de loi sur l'administration numérique qui prévoit que le gouvernement ne puisse imposer des solutions TIC cantonales aux communes qu'avec le consentement préalable explicite de l'ACB. À défaut

d'un tel consentement, la décision appartiendrait alors au Grand Conseil.

## **GUIDE EN MATIÈRE DE CYBER-CRIMINALITÉ**

---

Lors d'une séance du Groupe de contact canton-communes pour la sécurité, le directeur de l'ACB a suggéré aux représentants de la police cantonale de rédiger un guide en matière de cybercriminalité, comme cela a déjà été fait pour les PME (Sécurité de l'information : aide-mémoire pour les PME, ouvrage publié sur la page Web du Centre national pour la cybercriminalité). Ce nouveau guide permettrait d'informer les communes sur les risques qu'elles encourrent et de leur prodiguer des conseils pratiques.

## **MANUEL RELATIF AUX TÂCHES DE POLICE COMMUNALE**

---

La Direction de la sécurité du canton de Berne (DSE) a décidé d'actualiser manuel relatif aux tâches de police communale – très apprécié des communes – avec la participation de l'ACB et de l'Association bernoise des polices locales (ABPL). Une première séance de travail

avec des représentants de la DES et de l'ABPL a permis de constater que les changements seront assez conséquents étant donné les nombreux changements intervenus dans la législation, mais aussi en raison des nouveaux défis à relever (drones, pistes VTT de descente, pandémie etc.). La version révisée du manuel devrait être disponible vers fin 2020.

## CONSULTATIONS

---

Les avis formulés par les associations (ACB/CCB) sur les objets récemment mis en consultation sont publiés au fur et à mesure sur le site Web [begem.ch](https://www.begem.ch/vernehmlassungen).  
<https://www.begem.ch/vernehmlassungen>.

## BESUCHERSTATISTIK [www.begem.ch](http://www.begem.ch)

Der gemeinsame Internetauftritt der bernischen Kommunalverbände ist eine wichtige Drehscheibe, die aus dem Alltag der Gemeinden nicht mehr wegzudenken ist. Sie verzeichnet ausserordentlich hohe Besucherzahlen und dient dazu, die bernischen Gemeinden – Behördenmitglieder und Verwaltung – schnell über Aktualitäten informieren zu können. Wie wichtig das ist, haben die vergangenen Wochen und Monate mit Corona, einmal mehr deutlich gemacht.

Die seit vielen Jahren hohen Besucherzahlen konnten kontinuierlich noch gesteigert werden und liegen heute bei durchschnittlich über 36'000 Besucherinnen und Besuchern pro Monat. Durchschnittlich ruft dabei jede/r Besucher/in ca. 2.1 Seiten auf. Über 54%

der Seitenaufrufe gehen dabei auf das Konto der Stellenbörse, was dieses Angebot zu einer wertvollen Personaldrehscheibe für die Gemeinden macht.

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 785 Gemeindestellen sowie 137 Lehrstellen über diese Plattform zur Besetzung ausgeschrieben. Ebenfalls grosser Beliebtheit erfreut sich nach wie vor der Ratgeber «Attraktive Arbeitgeberin Gemeinde», der seit seiner Aufschaltung rund 22'700 Aufrufe verzeichnet oder auch der Pfuschi-Ordner (Betriebliches Grundwissen Gemeinde) mit gut 18'000 Aufrufen. Aber auch Corona hat sich in der Statistik sichtbar niedergeschlagen. Die Seiten mit den Best-Practice-Beispielen aus den Gemeinden wurde seit der Aufschaltung über 4'900mal besucht.

# DIALOG

Dialog Verwaltungs-Data AG

## SEIT 40 JAHREN

Und das Beste kommt erst.



# DIALOG<sup>6</sup>

**Ihre Mitarbeiter werden es lieben.**

Die frische, moderne und geräteunabhängige Gesamtlösung, welche den höchsten Sicherheitsstandards entspricht.

[www.dialog.ch](http://www.dialog.ch)

## **www.begem.ch :**

# **STATISTIQUE DE FRÉQUENTATION**

Le site Web commun des associations bernoises qui représentent les intérêts des communes est une plaque tournante importante et indispensable pour le quotidien des communes. Il comptabilise un nombre très élevé de visiteurs et permet d'informer rapidement les communes bernoises – membres des autorités et de l'administration – sur des sujets d'actualité qui les concernent. Les récentes turbulences dues au coronavirus l'ont une fois de plus montré très clairement.

Élevé depuis de nombreuses années, le nombre de visiteurs qui fréquentent notre site Web a encore augmenté. Aujourd'hui, il dépasse les 36'000 visiteurs en moyenne mensuelle. Chaque visiteur appelle en moyenne 2,1 pages par visite. Plus de 54 % des appels de

pages concernent la bourse des emplois, ce qui fait de cette prestation un outil précieux pour les communes à la recherche de personnel.

En 2019, les communes ont mis quelque 785 postes communaux et 137 places d'apprentissage au concours sur cette plate-forme. Le guide « La commune, un employeur attrayant » et le Pfuschi-Ordner (manuel de base en administration publique) avec respectivement 22'700 et 18'000 appels sont aussi très appréciés. Cela étant, la crise du coronavirus a également marqué la statistique de son empreinte : la page consacrée aux exemples de bonnes pratiques des communes a été consultée plus de 4'900 fois depuis sa mise en ligne.

# AMT FÜR GEMEINDEN UND RAUMORDNUNG – PROJEKT EBAU

## **eBau** Elektronisches Baubewilligungsverfahren im Kanton Bern

Seit Sommer 2019 können Baubewilligungsverfahren elektronisch via eBau abgewickelt werden.

Kennen Sie die Lernvideos dazu? Sie können diese auf eBau <http://www.be.ch/ebau> unter «Hilfe» abrufen.

1. Lernvideo 01 – Messung in PDF
2. Lernvideo 02 – eBau-Nummer vergeben
3. Lernvideo 03 – Dossierprüfung
4. Lernvideo 04 – Verwaltung der Administration
5. Lernvideo 05 – Dokumentenverwaltung
6. Lernvideo 06 – Zirkulation initialisieren
7. Lernvideo 07 – Bauentscheid erstellen
8. Lernvideo 08 – Gebühren erfassen

### **BAUEN AUSSERHALB DER BAUZONEN**

---

Was man übers Bauen ausserhalb der Bauzonen wissen muss.

Die Kantone Bern, Genf, Jura, Waadt und Wallis sowie EspaceSuisse, der nationale Verband für Raumplanung und dessen Westschweizer Sektion, haben sich für ein gemeinsames Filmprojekt entschieden: vier Kurzfilme und eine längere Version zeigen auf, was ausserhalb der Bauzonen gebaut werden kann. Die Filme geben auch Auskunft über die zuständigen Behörden und Verfahren sowie über die Konsequenzen bei Nichtbefolgung der geltenden Bestimmungen.

Link zu den Kurzfilmen:

[https://www.jgk.be.ch/jgk/de/index/baubewilligungen/baubewilligungen/bauen\\_ausserhalb\\_bauzone.html](https://www.jgk.be.ch/jgk/de/index/baubewilligungen/baubewilligungen/bauen_ausserhalb_bauzone.html)

4teamwork

# teamraum® Für Teamarbeit mit Spassfaktor.



**Grenzenlose  
Zusammenarbeit**



**Unabhängig von Ort  
und Zeit**



**Kreativ arbeiten,  
Austausch fördern**

## **Sie wollen Flexibilität und gleichzeitig strukturiertes Arbeiten mit garantierter Datensicherheit fördern?**

Mit teamraum® von 4teamwork erfüllen wir Ihnen alle drei Wünsche auf einmal.

Gönnen Sie Ihrem Team das Werkzeug, um erfolgreich zusammen zu arbeiten. Egal ob Projektgruppen, Kommissionen, Fachgremien oder interdisziplinäre Gruppen; die Zusammenarbeit wird effizient unterstützt.

4teamwork bietet Ihnen die Lösung sorgenfrei als «Cloud-Dienst» auf Schweizer Boden oder installiert in Ihrem Netzwerk an. Zahlreiche Referenzen bestätigen den hohen Nutzen in der Praxis.

Klingt interessant? Das freut uns! Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website. Und nicht vergessen – Lösen Sie einen Zugang auf unsere Demo-Umgebung.

Gerne sind wir auch telefonisch für Sie da: Pia Hilken, 031 511 04 23.

**4teamwork AG** | Dammweg 9, CH-3013 Bern  
T +41 31 511 04 00 | [contact@4teamwork.ch](mailto:contact@4teamwork.ch) | [www.4teamwork.ch](http://www.4teamwork.ch)



## PREVIS VORSORGE



*Stefan Muri,  
Geschäftsführer*

### REFORM DER ZWEITEN SÄULE ZWINGEND – TROTZ CORONA-KRISE UND DEREN AUSWIRKUNGEN

Schon vor dem Ausbruch des Coronavirus lief die aktuelle BVG-Revision für weite Teile der Bevölkerung unter dem Radar. Kurzfristig haben wir nun andere Probleme zu bewältigen. Die Schiefelage der zweiten Säule bleibt aber bestehen – sie wird durch die Krise noch verschärft.

#### BVG-Revisionen seit 2006 eine unendliche Geschichte – bisher ohne Happy End

Die erste Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) wurde bis 2006 in drei Etappen umgesetzt. Seither konnte kaum eine weitere Revision die Hürden der parlamenta-

rischen Diskussionen mehr nehmen, geschweige denn in einer Volksabstimmung bestehen. Stets führte vor allem die Senkung des Umwandlungssatzes, welche die Renten an die gestiegene Lebenserwartung anpassen soll, zum Absturz.

#### Das angesparte Pensionskassengeld muss länger reichen

Die Menschen werden immer älter. Und wenn wir in der zweiten Säule während der beruflich aktiven Jahre nicht mehr Kapital ansparen wollen – oder können – muss das bestehende Altersguthaben länger ausreichen. Die Renten müssen also sinken und somit muss der Umwandlungssatz gesenkt werden.

Der Bundesrat hat die aktuelle Revision der Beruflichen Vorsorge in eine Vernehmlassung geschickt. Im Vorfeld dazu wurde durch die Sozialpartner ein Kompromiss auf den Tisch gelegt, welcher scheinbar arbeitgeber- und gewerkschaftsseitig akzeptierbar war. Wir wissen es alle: Mittlerweile ist es mit der Einigkeit nicht mehr weit her. Seitens der Politik, der Arbeitgeber wie auch der Gewerkschaften kamen schon vor dem Ausbruch der Corona-Krise Signale, die für die Revision nichts Gutes erahnen

liessen. Wie weit sich die Sozialpartner angesichts der immensen Belastungen der Arbeitnehmenden, der Bundeskasse und der Sozialversicherungen durch die aktuelle Krise noch aufeinander zubewegen werden, lässt sich heute nicht sagen.

### **Die Haltung der Previs ist klar**

Als Pensionskasse richten wir unseren Fokus auf das aus unserer Sicht Notwendige und nicht nur das politisch Machbare.

Wir sind der Meinung, dass

- der Umwandlungssatz nicht nur auf die nun vorgesehenen 6% gesenkt, sondern deutlich tiefer angesetzt werden müsste;
- das Rücktrittsalter für Frau und Mann generell gleichgeschaltet werden sollte, so wie wir das in unseren Vorsorgeplänen bereits seit Langem praktizieren;
- grundsätzlich früher mit dem Sparprozess begonnen werden müsste, idealerweise analog der AHV-Beitragspflicht ab 18 Jahren, und die Sparbeiträge punktuell angehoben werden müssten;
- die Sparbeiträge der älteren Arbeitnehmenden nicht mehr weiter zu

erhöhen, sondern zu senken sind, um deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die Previs senkt den umhüllenden Umwandlungssatz bis 2022 auf 5,5%. Der Stiftungsrat wird im Rahmen seiner Verantwortung für die Zeit nach 2022 über weitere strategische Schritte entscheiden müssen.

### **Vermischung von erster und zweiter Säule nicht zielführend**

Dem mit dem bundesrätlichen Vorschlag verbundenen Lohnbeitrag auf der AHV-pflichtigen Lohnsumme stehen wir sehr skeptisch gegenüber. Dieser soll zur Finanzierung eines Rentenzuschlags über 15 Jahre eingeführt werden, um die Auswirkungen für die Übergangsgeneration abzufedern. Nicht dass wir gegen eine Abfederung der Auswirkungen für die Übergangsgeneration sind. Es ist die Art und Weise der Umsetzung, an der wir uns stören. Denn mit dem Vorschlag der Lohnbeiträge wird ein systemfremdes Element in das BVG eingebaut, was aus unserer Sicht nicht zielführend ist. Die erste Säule (AHV) sorgt im sogenannten Umlageverfahren dafür, dass die heutigen Arbeitnehmenden über ihre

Lohnabzüge die heutigen Renten finanzieren. Demgegenüber stellt die zweite Säule (BVG) auf das Kapitaldeckungsverfahren ab, bei welchem die Einzahlungen der einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie des Arbeitgebers auf dem individuellen Konto gutgeschrieben werden und als Altersguthaben für die spätere Rentenzahlung zur Verfügung stehen. Und wie weit ein zusätzlicher Lohnabzug zugunsten des BVG in der nun krisengeschüttelten Wirtschaft und bei den nicht weniger betroffenen Arbeitnehmenden angemessen und tragfähig wäre, sei an dieser Stelle deutlich in Frage gestellt.

### **Gestörtes Gleichgewicht – nicht erst seit Corona**

Die Corona-Krise zeigt uns, wie fragil das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Ansprüchen ist. Pensionskassen sind ein Abbild dieser Fragilität und spüren sowohl die wirtschaftlichen Konsequenzen sehr schnell wie auch die gesellschaftlichen Auswirkungen mittel- und langfristig.

Wir sind gespannt auf die parlamentarische Diskussion über den kommenden

Gesetzesentwurf. Angesichts teilweise weit auseinanderliegender Ansichten wird diese Diskussion hitzig, ein Referendum und damit eine weitere Volksabstimmung sind so gut wie sicher. Eigentlich einmal mehr ein Grund dafür, die Festlegung der versicherungstechnischen Eckwerte der politischen Diskussion zu entziehen und die dringend notwendigen Anpassungen aufgrund der Fakten endlich umzusetzen.

Die Eckwerte der Revision finden Sie auf der Website des Bundesamtes für Sozialversicherungen: [www.bsv.admin.ch](http://www.bsv.admin.ch)

- Senkung Mindest-Umwandlungssatz von 6.8 auf 6.0%
- Lebenslanger monatlicher Zuschlag für Alters- und Invalidenrenten-Bezüger. Finanzierung solidarisch über 0.5% auf AHV-pflichtigen Jahreseinkommen bis CHF 853'200 (Stand 2019)
- Senkung Koordinationsabzug von heute CHF 24'885 auf CHF 12'443
- Anpassung Altersgutschriften und weniger starke Staffelung
- Aufhebung der Zuschüsse für Vorsorgeeinrichtungen mit ungünstigen Altersstrukturen



**ROD TREUHAND**

**ROD Treuhand AG**  
Solothurnstrasse 22  
3322 Urtenen-Schönbühl  
Telefon 031 858 31 11  
info@rod.ch

Wir sind der verlässliche Partner für Gemeinden und Unternehmen, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen und sorgen dafür, dass Sie sich in Revisions- und Treuhandfragen ausgezeichnet beraten und aufgehoben fühlen.

Wir sind Spezialisten für:

**Revision**  
**Stellvertretungen in Verwaltungen**  
**Finanzplanung /Finanzanalyse**  
**Buchführung**

[www.rod.ch](http://www.rod.ch)

## «Wir beraten Gemeinden in allen Bankfragen»



**Oliver Nuspliger**  
Bundesplatz 8, 3001 Bern  
031 666 62 99  
oliver.nuspliger@bekb.ch

**Francis Wuillemin**  
Rue centrale 46, 2502 Bienne  
032 327 46 96  
francis.wuillemin@bcbe.ch

**Daniel Rieder**  
Untere Bönigstrasse 8, 3800 Interlaken  
033 826 61 25  
daniel.rieder@bekb.ch

[bekb.ch](http://bekb.ch)



**B E K B | B C B E**

# PREVIS PRÉVOYANCE

*Stefan Muri, Directeur*

## ÉFORME DU 2<sup>E</sup> PILIER: UNE MESURE INDISPENSABLE MALGRÉ LA CRISE DU CORONAVIRUS ET SES RÉPERCUSSIONS

**Une grande partie de la population ne fait aucun cas de la révision actuelle de la LPP, et elle n'a pas attendu l'apparition de la crise du coronavirus pour cela. Nous sommes désormais confrontés à de nouveaux problèmes, qu'il va falloir surmonter très rapidement. La situation du 2<sup>e</sup> pilier reste néanmoins critique, et s'est même dégradée depuis le début de la crise.**

### Révisions de la LPP: une histoire sans fin qui dure depuis 2006, et qui n'est toujours pas réglée

La mise en œuvre de la première révision de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) s'est déroulée en trois étapes, pour s'achever en 2006. Depuis lors, les écueils qui pèsent sur les débats parlementaires empêchent toute nouvelle révision, sans parler d'une votation populaire. La baisse du taux de conversion censée adapter les rentes à l'espé-

rance de vie qui s'allonge n'a jamais rencontré d'accueil favorable.

### Le capital de prévoyance épargné doit suffire plus longtemps

La population mondiale vieillit et vit plus longtemps. Et si nous ne voulons – ou ne pouvons – pas constituer un capital plus important dans le 2<sup>e</sup> pilier pendant notre vie active, l'avoie de vieillesse disponible doit alors suffire plus longtemps. Il faut donc diminuer les rentes et, partant, le taux de conversion.

Le Conseil fédéral a soumis en consultation la révision actuelle de la réforme de la prévoyance professionnelle. Avant cela, les partenaires sociaux avaient proposé un compromis qui était acceptable à la fois pour les employeurs et pour les syndicats. Mais nous savons depuis que tout espoir d'entente semble vain. Aux yeux des politiques, des employeurs tout comme des syndicats, certains signes ne laissent rien présager de bon pour la révision, avant même que la crise du coronavirus n'éclate. Compte tenu des charges écrasantes qui s'abattent sur les employés, les caisses de l'Etat et les assurances sociales en raison du contexte de crise actuel, les partenaires soci-

aux devront faire un pas en avant, mais il est pour l'heure impossible de savoir jusqu'où ils sont prêts à aller.

### **La position de la Previs est claire**

En tant que caisse de pension, nous nous concentrons sur ce que nous pensons nécessaire et non sur ce qui est politiquement faisable.

Notre point de vue:

- Le taux de conversion ne devrait pas être abaissé au taux prévu de 6 %, mais à un taux bien inférieur encore.
- L'âge de la retraite devrait être harmonisé pour l'ensemble des femmes et des hommes, comme nous le faisons depuis longtemps déjà dans nos plans de prévoyance.
- A priori, le processus d'épargne devrait débuter plus tôt (idéalement dès 18 ans, comme pour l'obligation de cotiser à l'AVS) et les cotisations d'épargne devraient augmenter ponctuellement.
- Les cotisations d'épargne des employés âgés ne devraient pas continuer à augmenter globalement; au contraire, elles devraient même baisser pour améliorer leurs chances sur le marché de l'emploi.

D'ici 2022, la Previs réduira à 5,5 % le taux de conversion «enveloppant». Dans le cadre de ses compétences, le Conseil de fondation devra déterminer les mesures stratégiques à prendre pour l'après-2022.

### **Fusionner le 1<sup>er</sup> et le 2<sup>e</sup> pilier: une réponse inefficace**

Nous nourrissons de sérieuses réserves quant à la proposition du Conseil fédéral, qui vise à utiliser les cotisations salariales pour financer la masse salariale soumise à l'AVS. Cette mesure doit servir à financer un complément de rente sur 15 ans afin d'amortir les impacts pour la génération de transition. Ce n'est pas que nous soyons opposés à un amortissement de ces impacts pour ladite génération, mais nous désapprouvons les modalités de mise en œuvre. En effet, cette proposition relative aux cotisations salariales introduit dans la LPP un élément extérieur au système et nous estimons que cette mesure ne peut pas être efficace. Le 1<sup>er</sup> pilier (AVS), qui fonctionne selon le système par répartition, veille à ce que les employés d'aujourd'hui financent les rentes actuelles avec leurs déductions salariales. Quant au 2<sup>e</sup> pilier (LPP), il fonctionne selon le

principe de capitalisation: les versements de chaque employé ainsi que ceux de l'employeur sont crédités sur un compte individuel et constituent un avoir vieillesse pour le paiement de la future rente. Mais dans une économie en pleine crise, qui ne manque pas d'ébranler sérieusement les employés, le bien-fondé et la légitimité d'une déduction supplémentaire sur le salaire au bénéfice de la LPP seraient largement remis en cause.

### **Un équilibre compromis – depuis bien avant l'apparition du coronavirus**

La crise du coronavirus nous montre à quel point l'équilibre est fragile entre les perspectives socioéconomiques et les prétentions affichées. Les caisses de pension sont les témoins de cette fragilité: elles subissent de plein fouet les conséquences économiques et mesurent les impacts sur la société à moyen et long terme.

Le débat parlementaire qui tourne autour du projet de loi à venir nous intéresse beaucoup. Les points de vue divergent parfois très fortement et le débat s'annonce houleux. Un référendum, et donc une votation populaire,

devraient avoir lieu. A vrai dire, il s'agit surtout d'un prétexte pour éviter de définir les paramètres actuariels du débat politique et pour enfin mettre en œuvre les adaptations qui sont nécessaires et urgentes, selon les données disponibles.

Pour connaître les éléments clés de la révision, rendez-vous sur le site Internet de l'Office fédéral des assurances sociales: [www.bsv.admin.ch](http://www.bsv.admin.ch)

- Abaissement du taux de conversion minimal de 6.8 à 6.0 %
- Complément de rente viagère mensuelle pour les bénéficiaires de rentes de vieillesse ou d'invalidité. Financement solidaire de 0.5 % prélevé sur le revenu annuel soumis à l'AVS jusqu'à hauteur de CHF 853'200.– (état en 2019)
- Abaissement de la déduction de coordination de CHF 24'885.– aujourd'hui à CHF 12'443.–
- Adaptation des bonifications de vieillesse et échelonnement plus modéré
- Suppression des subventions pour les institutions de prévoyance dont la structure d'âge est défavorable

# Haben Sie eine vakante Kaderposition?

Wir stellen Ihnen erfahrene Fach- und Führungskräfte für temporär vakante Kaderfunktionen zur Verfügung. Und wir unterstützen Sie bei der Personalrekrutierung.

Federas berät und unterstützt Institutionen mit öffentlichen Aufgaben.

- **Strategien und Leitbilder**
- **Organisationsanalysen und -entwicklungen**
- **Prozess- und Qualitätsmanagement**
- **Projektmanagement**
- **Tagungen und Workshops**
- **Einzel-, Führungs- und Teamcoachings**

**Federas Beratung AG, [info.bern@federas.ch](mailto:info.bern@federas.ch), [www.federas.ch](http://www.federas.ch)**

Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern, Telefon +41 58 330 05 10

# PORTRÄT DER GEMEINDE ROGGWIL



## WO MAN SICH WOHLFÜHLT, IST ROGGWIL

---

Über all die Jahre bewahrte das Dorf den Charakter eines ländlichen Wohnidylls, und wenn die Zunahme der Siedlungs-

fläche auch zum grossen Teil auf Kosten des Kulturlandes erfolgte, so wurden doch zwischen neuen Siedlungen immer wieder grossräumige «grüne Lungen» geschaffen. Statt der Entwicklung einfach ihren Lauf zu lassen, hat die Gemeinde zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit dem neuen Orts- und Zonenplan das Steuer fest in die Hand genommen. Damit können in Zukunft Landschaften und Lebensräume geschützt und der kostbare Boden haushälterisch genutzt werden.

Trotz relativ sanfter Entwicklung ging der Schritt in die Neuzeit an Roggwil aber nicht spurlos vorüber, und mit neuen Wohngebieten verschwand auch Altvertrautes, teilweise sogar Liebgewordenes aus dem Dorfbild. So auch die Firma Gugelmann. Diese ging 1989 an die Lorze-Gruppe über, und nur ein Jahr später kam es mit der Schliessung der Spinnerei zur Aufgabe der Textilproduktion. Das ehemalige Weberei- und Spinnereiareal umfasst nun neben dem 1963 gegründeten Logistikzentrum, das Race-Inn als Europas grösste Indoor-Kartbahn und das Verkehrssicherheitszentrum Mittelland. Mitte der neunziger Jahre wurde das Gugelmann-Areal zudem europaweit bekannt für die «heissen» Nächte der Technopartys. Die Zukunft des gesamten Areals wird aktuell mit einer Zonenplan- und Baureglementsänderung «Brunnmatt» ehemals Gugelmann-Areal neu zugewiesen und für ein Logistikzentrum eines bekannten Detailhändlers baureif gemacht.

Am 4. November 2002 besiegelte ein Brand das Schicksal des gegen Ende des 18. Jahrhunderts erbauten Landgasthofes Kaltenherberge. Mit einem im März 2005 eröffneten futuristischen

Neubau wurde versucht, die Tradition des ehemals bodenständigen, stolzen Landgasthofes weiterzuführen. Doch der Erfolg blieb aus – und nach knapp vier turbulenten Betriebsjahren wurde der Gasthof Ende 2008 geschlossen. Das einstige Restaurant wurde zwischenzeitlich in ein Kunsthaus umgewandelt. Heute beherbergt das Gebäude eine private Firma und ist nicht mehr öffentlich zugänglich.



## HERVORRAGENDE INFRASTRUKTUR

---

Eine grosse Zahl an innovativen KMU- und Dienstleistungsbetrieben sorgen zusammen mit den zwei Grossbetrieben der Firmen Schneeberger Lineartechnik und Schneeberger Maschinenfabrik für viele Arbeitsplätze. Der Dorfkern mit der Kirche, dem Pfarr- und Kirchgemeindehaus, den zwei Schulhäusern und einem «behäbigen» Bauernhaus als wertvoller Zeitzeuge alter Gebäude, vermittelt ländliches Idyll. Eingebettet in sanfte Hügelformen gelten der grosse, nicht nur wirtschaftlich genutzte Wald- und Grünanteil, die Wässermatten im Gruenholz sowie das liebevolle Rottäli als einzigartiges Naherholungsgebiet in einer weitgehend noch intakten Landschaft. Die hervorragende Infrastruktur mit umfassendem Schulangebot, grosszügigen Sportanlagen, einem herrlich gelegenen Schwimmbad, dem Alterszentrum Spycher/Spitex Roggwil Wynau, den attraktiven Alterswohnungen und der idealen Anbindung an den öffentlichen Verkehr stempeln Roggwil zu einem fortschrittlichen Dorf mit ganz persönlichem ländlichem Charakter.

## UNSERE PARTNERGEMEINDEN

---

Mit dem Besitz von 537 ha Wald gehört die **Burgergemeinde** Roggwil mit heute noch 351 im Dorf wohnhaften Bürgerinnen und Bürger zu den grössten Waldbesitzern im Kanton Bern. Dass rund zwei Drittel oder 381 ha davon auf Murgenthaler Gemeindegebiet im Kanton Aargau liegen, zeigt, dass auch die Geschichte der Burgergemeinde Roggwil mit der Macht und dem ehemaligen Besitz des Klosters St. Urban eng verbunden ist. Der Ausscheidungsvertrag vom 2. September 1867 bildete dann den Erwerb für das Waldeigentum der





Burgergemeinde Roggwil. Über all die Jahre war aber auch der burgerliche Landbesitz wesentlich an der Entwicklung von Roggwil beteiligt. So entstanden kurz nach Kriegsende auf den ehemaligen Bündten der Burgergemeinde die Siedlung in der Buchägerten, später dann die Baugebiete am Höhenweg und am Rotbrüstelihubel. Als wertvollen Beitrag zu Roggwils Naherholungsgebiet

unterhält die Burgergemeinde ein Wald- und Wanderwegnetz von rund 35 km. Dazu kommt das 78 ha umfassende Wald- und Naturreservat am nordwestlichen Abhang des Rebberges. Anlässlich der 150 Jahrfeier schenkte die Burgergemeinde der Bevölkerung von Roggwil einen lehrreichen Walderlebnispfad.

Einen partnerschaftlichen Austausch pflegt der Gemeinderat ebenfalls mit der **reformierten Kirchgemeinde**, welche seit 1665 in Roggwil Kirchengeschichte schreibt. Als moderne, der Zeit angepasste Kirche werden neben Gottesdiensten und weiteren kirchlichen Handlungen im 1996 umgebauten Pfarrhaus und dem im Inventar für geschütztes Kunstalertum aufgenommene Kirchgemeindehaus zahlreiche Anlässe und Aktivitäten angeboten.

Einen regen Austausch pflegt der Gemeinderat auch mit dem **Gewerbeverein Roggwil**. Der Verein konnte im vergangenen Jahr stolz auf sein 100-jähriges Bestehen zurückblicken. Seit 1994, als das 75-jährige Jubiläum begangen wurde, findet die ROGA (Roggwiler Gewerbeausstellung) alle fünf Jahre statt. Daran nehmen jeweils mehr als 50



Ausstellende teil. Weiter organisiert der Gewerbeverein den jährlichen Weihnachtsmarkt mit vielen wunderschönen Weihnachtsständen und einem tollen Rahmenprogramm.

### **WÄSSERMATTEN – EINE JAHRHUNDERTEALTE TRADITION**

Die Wässermatten in Roggwil sind Überreste einer ehemals im Schweizer Mittelland verbreiteten Kulturform der genossenschaftlichen Wiesenbewässerung und -düngung. Dieses traditionelle Bewässerungssystem hat seinen Ursprung

im 9. Jahrhundert. Es wurden Gräben durch die Wiesen gegraben, welche später als Kanäle für das Wasser dienten. So konnte das Wasser der Langete zur Überrieselung der Matten genutzt werden.

Die Zisterzienser Mönche, welche sich ab dem 13. Jahrhundert im Kloster St. Urban niederliessen, förderten diese Art der Bewässerung. Das Kloster St. Urban war bis zu seiner Aufhebung im Jahre 1848 für die Räumung des Langetelaufes verantwortlich. Als Empfänger des Bodenzinses war es die Aufgabe des Klosters St. Urban dafür zu sorgen, dass die Voraussetzungen für die Bewässerung der Matten gegeben waren. Dieses Bewässerungssystem wurde vor allem deshalb von den Mönchen gewählt, weil es für die traditionelle Landwirtschaft einige Vorteile mit sich brachte. Einerseits fand durch die vom Wasser mitgeführten Schwebstoffe eine automatische Naturdünnung statt. Andererseits war die Bewässerung unabhängig von der aktuellen Wetterlage. Dem Bau von Wässermatten durch die Zisterzienser Mönche ist es zu verdanken, dass das Langetental noch heute über eine Landschaft mit grossen Grünlandflächen verfügt.

Bereits im Jahre 1983 wurden die Wässermatten deshalb in das Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) aufgenommen. Zum Schutz der Wässermatten wurde 1992 zudem die Wässermatten-Stiftung gegründet. Absicht war es, Teile der ins BLN aufgenommenen Kulturlandschaft Wässer-

matten mit Verträgen zu erhalten, indem das traditionelle Wässern des Grünlandes weiter betrieben wird und den Landwirten Minderertrag und Mehraufwand abgegolten werden. Weiter wurde im April 2019 eine kantonale Überbauungsordnung zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Wässermatten im Oberaargau erlassen.



## INTERVIEW MIT GEMEINDEPRÄSIDENTIN MARIANNE BURKHARD



*Mit welchen drei Adjektiven würden Sie einer aussenstehenden Person Ihre Gemeinde beschreiben?*

**zentral – natürlich – heimatlich**

Markiert man Roggwil mit einer Nadel auf der Schweizer Karte, stellt man fest, dass wir so ziemlich genau im Zentrum unseres schönen Landes sind. Fliegt man noch höher hinaus, wird man erstaunt feststellen, dass wir sogar mitten in Europa liegen.

Mit unserer abwechslungsreichen Landschaft mit viel Wald, Gewässern (Roth und Langete), Wässermatten, Wiesen und Weiden und der Liebenswürdigkeit unserer Einwohnerinnen und Einwohner bezeichnen wir uns als ursprünglich, ja einfach natürlich.

In Roggwil fühle ich mich zu Hause, hier ist meine Heimat.

*Gibt es ein Projekt, das Ihnen als Gemeindepräsidentin speziell am Herzen liegt?*

Zusammen mit der Fachhochschule Luzern erarbeitet zur Zeit eine Begleitgruppe das Projekt «Vision und Entwicklung Dorfzentrum Roggwil». Daraus sind ein räumliches Leitbild mit einem Zielbild und ein Siedlungsinventar entstanden. Das Leitbild konzentriert sich auf einen festgelegten Perimeter im Dorfzentrum und schliesst die Schulanlagen und das Gemeindehaus mit ein. In zwei Prioritäten planen die Studenten in einem Wettbewerb je ein Vorhaben, welches sich in der Folge auch in der Realität umsetzen lassen soll. Die Kontakte und Zusammenarbeit mit den Studierenden sind äusserst gewinnbringend. Ich bin überzeugt, dass die Ergebnisse dieser gemeinsamen Planung eine nachhaltige Entwicklung unserer Gemeinde einbringen werden.

Daneben ist viel am Entstehen oder in der Entstehung begriffen. So läuft aktuell ein aufwändiges Planerlassverfahren auf dem ehemaligen Gugelmannareal für das dritte Logistikzentrum des Detailhändlers Lidl Schweiz. Eine Realisation würde für unsere Gemeinde und die ganze Region einen grossen Mehrwert erbringen.

*Was macht Roggwil für Sie ganz persönlich besonders lebenswert?*

Unser ländliches Flair mit einer Dorfgrösse von rund 4'100 Einwohnern, welche es erlaubt, noch (fast) alle zu kennen und ein respektvoller Umgang mit der Mit- und Umwelt noch möglich ist. Gleichzeitig schätze ich den Anschluss an eine Kleinstadt, welche auch höhere kulturelle und wirtschaftliche Bedürfnisse befriedigen kann.

Mit vielfältigen Angeboten in der Bildung, der familienergänzenden Kinderbetreuung, der Kinder- und Jugendarbeit bis hin zu den Angeboten im Alter, unterstützt die Gemeinde alle Alters-, Schul- und Berufsgruppen aktiv und sorgt damit für einen attraktiven Wohn- und Arbeitsstandort.

Stolz bin ich auf unsere Dorfvereine, welche das Leben in Roggwil mit ihren vielfältigen Angeboten abwechslungsreich mitgestalten und eine unverzichtbare Arbeit in der Prävention beim Umgang mit der Mit- und Umwelt leisten.

*Welche neuen Herausforderungen erwarten Sie für die Gemeinde Roggwil infolge der Coronakrise?*

Ich hoffe sehr, dass wir bald zu einer wahren Normalität zurückkehren können. Unsere Identität ist geprägt vom «Gemeinsamen» und «Zusammensein». Dabei sollen nicht Abstände eingehalten werden müssen. Unsere Bevölkerung besitzt eine natürliche Selbstverantwortung und zeigt für Massnahmen des Gemeinderats Verständnis. Die Herausforderungen sind aktuell umsetzbar. Sollten jedoch auch im nächsten Jahr Einschränkungen bestehen bleiben, weil z.B. noch keine Impfung gefunden ist, müssten Anstrengungen für die Befriedigung des Zusammenseins angestellt und neue Angebote der Zerstreuung geschaffen werden. Weiter werden uns bestimmt auch finanzielle Auswirkungen auf Gemeindeebene beschäftigen.

*In welchen Bereichen arbeitet die Gemeinde Roggwil mit den Nachbargemeinden zusammen und wie funktioniert diese Zusammenarbeit?*

In den Bereichen öffentliche Sicherheit (Zivilschutz), Soziales (Regionaler Sozialdienst), Bildung (ZBMO – Zusammenarbeit besondere Massnahmen Oberaargau) und beim Alterszentrum Spycher / Spitex Roggwil-Wynau funk-

tioniert die Zusammenarbeit für alle gewinnbringend. Mit rund 4'100 Einwohnerinnen und Einwohnern weist Roggwil eine Grösse auf, die ein eigenständiges (autonomes) Wirken auf allen Ebenen ermöglicht. Ich stehe auf regionaler Ebene im engen Kontakt zu den Gemeinden und dadurch in einem ständigen Austausch der Bedürfnisse. Wir sind offen für jeglichen Einkauf, verfügen aber auch über Ressourcen für die Weitergabe von Dienstleistungen an Dritte.

*Wenn Sie beim Kanton einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich für Roggwil wünschen?*

Die Antwort dieser Frage gebe ich gerne vertrauensvoll in die Hände des VBG zurück. Ich habe aktuell keinen konkreten

Wunsch. Das heisst nicht, dass Roggwil mit dem Kanton wunschlos glücklich ist, aber eben, hier unterstützt der VBG beratend und aktiv unsere Interessen.

*Wie und wo nehmen Sie als Gemeindepräsidentin in Ihrem Alltag den VBG wahr?*

Ich schätze die Arbeit des VBG grundsätzlich sehr und im Besonderen die Interessenvertretung der Gemeinden bei Vernehmlassungen zu neuen Gesetzesvorlagen des Kantons.

# **VORANKÜNDIGUNG DER HAUPTVERSAMMLUNG DES VBG 2021**

## **Vorankündigung**

Die Hauptversammlung des Verbandes  
Bernischer Gemeinden findet statt am

**18. Juni 2021 in Belp**

Wir bitten Sie, dieses Datum bereits heute zu reservieren. Die Versammlung findet in der zweiten Morgenhälfte mit anschliessendem Stehlunch statt. Die definitive Einladung mit den Unterlagen

erhalten Sie anfangs 2021 mit der ersten Ausgabe des VBG Infos.

# **PRÉAVIS POUR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE 2021 DE L'ACB**

## **Préavis**

La prochaine Assemblée générale  
de l'ACB aura lieu le

**18 juin 2021 à Belp**

Nous vous prions de bien vouloir réserver cette date. L'assemblée se déroulera durant la seconde moitié de la matinée et sera suivie d'un buffet dînatoire.

Vous recevez l'invitation définitive et la documentation correspondante avec le numéro 1/2021 de l'ACB-Info.

## VERANSTALTUNGSHINWEISE / MANIFESTATIONS 2020 / 2021

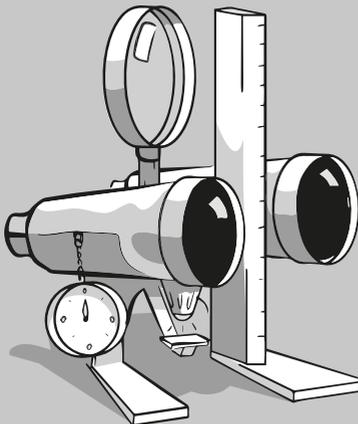
HV Verband Bernischer Steuerverwalterinnen und Steuerverwalter VBSS	23. Oktober 2020	Neuenegg
Politforum Thun	12./13. März 2021	Thun
75. HV Verband Bernische AHV-Zweigstellenleiterinnen und -leiter <i>Assemblée générale de l'Association Bernoise des Agents AVS</i>	07. Mai 2021	Thun
HV Bernisches Gemeindegremium BGK <i>Assemblée générale des cadres des communes bernoises CCB</i>	04. Juni 2021	Saanen
<b>HV Verband Bernischer Gemeinden</b> <b>Assemblée générale de l'Association des Communes Bernoise</b>	<b>18. Juni 2021</b>	<b>Belp</b>



# Wir machen Archive.

**ARCHIVDATEN.CH**

archivdaten.ch GmbH  
Schulhausstrasse 18, 3086 Zimmerwald  
info@archivdaten.ch, www.archivdaten.ch  
031 819 05 05



## **MANDATUM – sucht und findet**

Wir begleiten Ihr Stellenbesetzungsverfahren von A bis Z – prompt, professionell und auf Ihre Unternehmenskultur zugeschnitten.

**MANDATUM** Verwaltungsmanagement GmbH, Postfach, 3360 Herzogenbuchsee  
John Günther, 031 832 44 32, info@mandatum.ch, www.mandatum.ch







## Denn ich vertraue einem engagierten Partner

Ein flexibles Vorsorgeangebot, persönliche Kundenbetreuung und Servicequalität auf höchstem Niveau. Dafür steht die Previs Vorsorge seit 60 Jahren im Service Public – und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Seit Jahrzehnten bewährte Partner:  
Verband Bernischer Gemeinden VBG  
und die Previs.

[www.previs.ch](http://www.previs.ch)

previs   
Vorsorgen mit Durchblick

---